

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Februar 2010 Nr. 141

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee **GSoA**

Thurgauer Zeitung, 25.10.2009

Computerchaos lähmt die Schweizer Armee

Neue Luzerner Zeitung, 28.10.2009

Auf falsche Bedrohungen ausgerichtet, logistische Probleme, fehlende Ausrüstung für Armeeangehörige und alternde Kampfjets. Ueli Maurer ist mit seinem Problemhaufen Armee nicht zu beneiden.

BERNER ZEITUNG, 17.01.2010

Armee: Güter bestellt, aber nicht bezahlt

«Wir sind auf gutem Weg zur besten Armee der Welt.»
Bundesrat Ueli Maurer
Tagesschau, SF DRS, 18.01.2010

BERNER ZEITUNG, 25.11.2009

Die Armee kämpfte mit Bettwanzen

Thurgauer Zeitung, 06.12.2009

Taschenmunition: Armee sucht drei Millionen Schuss

Tagesanzeiger.ch, 29.4.2009

Von wegen «beste Armee der Welt»! Jeder der kürzlich diesen Ferienbetrieb besucht hat, weiss, dass er kaum an Ineffizienz und Verschwendung zu übertreffen ist.

17. April 2010:
Vollversammlung der GSoA
Mehr dazu auf der letzten Seite

Immer auf dem Laufenden bleiben:
www.gsoa.ch/newsletter

Blick, 07.10.2009

Kumpel, Prestige, Hobbys. Die Wellness-Generäle werfen viel Geld zum Fenster raus. Dafür fehlt der Armee das Geld, die Duschen der Truppen zu flicken.

Aargauer Zeitung, 07.10.2009

Reporter Benno Tuchschnid (24) schildert seine Erlebnisse als Soldat im WK einer Panzerjägerkompanie:

«Die Lage ist ernst und ich sitze in einem Bauernhof und tue nichts. Der Feind stösst mit grossen Panzerverbänden in die Linthebene beim oberen Zürichsee vor, während sich der Akku meines Handys langsam leert. Der Feind kommt aus «Rotland», obwohl der Osten schon lange nicht mehr rot ist und Panzerkriege in Europa nicht mehr zu den realistischen Szenarien gehören.»

Neue Luzerner Zeitung, 05.11.2009

Die Schweinegrippe hat die Kasernen erreicht: Nach Rekruten in Chur und Andermatt haben nun auch Thuner Rekruten die Grippe.

DER BUND, 30.10.2009

Armee-Informatik: Den Schlamassel selbst eingebrockt.

Blick am Abend, 04.11.2009

Irrwitzige Armee: Da scheint die eine Hand nicht zu wissen, was die andere tut.

Thurgauer Zeitung, 18.01.2010

Schweizer Armee ist zahlungsunfähig

Editorial

«Jung, clever und schnell» nannte der Tagesanzeiger die GSoA während der Abstimmungskampagne gegen den Export von Kriegsmaterial. In der deutschen «Zeit» war zu lesen, der Reiz der GSoA liege «in der einmaligen Kombination, unkompliziert und bewegungsnah» zu sein, aber trotzdem realpolitisch etwas bewirken zu können. Für «Le Monde» aus Paris waren wir im Abstimmungskampf der Sand im Getriebe der Schweizer Militärlobby.

Auch wenn wir an jenem schwarzen Sonntag im November nicht gewonnen haben, gibt es viele Gründe, stolz zu sein auf unseren Abstimmungskampf. Es ist uns gelungen, eine breite Diskussion über Schweizer Waffenexporte zu entfachen, wie es sie seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat. Tausende Menschen haben sich für die Initiative ins Zeug gelegt: Der Lehrling, der am Smartmob in Altdorf teilnahm. Die Hausfrau, die in den Toggenburger Regionalzeitungen Leserbriefe schrieb. Die Schülerin, die in Adliswil Flugblätter verteilte. Der Kapuzinerpater, der in seinem Blog Werbung für ein Ja machte. Der Grafiker, der unsere Kampagne mit einem weiteren Sujet bereicherte. Sie alle haben diesen Abstimmungskampf zu einem der vielfältigsten seit langem gemacht.

Es bleibt aber keine Zeit, uns auf der faulen Haut auszuruhen. Die Diskussion über die neuen Kampfjets kommt nun in die heisse Phase, und bereits nächsten Frühling könnte die Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» zur Abstimmung gelangen. Legen wir uns also ins Zeug, damit die Sturmgewehre schon bald nicht mehr zu Hause gelagert werden und die Schweiz nicht Milliarden für unnütze Militärflugzeuge verbrennt.

Für das Redaktionsteam: Andreas Weibel

KRIEGSMATERIAL-EXPORTE

Rückblick auf einen bewegten Abstimmungskampf in den Regionen



Von Baden bis Bellinzona, von Lugano bis Luzern (Bild) kamen am 19. November 2009 Hunderte Menschen zusammen, um im Rahmen eines «Smartmob» einen vierminütigen symbolischen Tod zu sterben.

Luzern kann ein hartes Pflaster sein, wenn es um Anliegen der GSoA geht. Doch das soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Widerstand gegen Waffenexporte sehr gross war. Am meisten geblieben sind mir die Reaktionen älterer Personen, die den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben. Immer wieder hörte ich die Aussage, dass Waffen Kriege fördern und Kriege eine humanitäre Katastrophe unheimlichen Ausmasses darstellen. Wie recht sie haben!

Luzern, Steffi Wyss

Eine Flyer-Verteilaktion der besonderen Art konnte die GSoA-Regionalgruppe St. Gallen durchführen. An einem Samstag Nachmittag verteilten AktivistInnen in der Innenstadt 500 Weggli und Schoggi-Brüggeli. Anlass für diese Sonderaktion war das Bundesgerichtsurteil, in dem der GSoA neben dem Recht auf unwilliges Unterschriftensammeln auch eine

kleine finanzielle Entschädigung zugesprochen wurde. Diese wurde in vollstem GSoA-Sinne sofort wieder in Politaktivitäten auf der Strasse investiert.

St. Gallen, Felix Birchler



«Waffen statt Brot für die Welt»: Aktion in Aarau

Die zynische Argumentationsweise mancher Gegner der Initiative, welche die Waffenexporte schon fast zur humanitären Entwicklungshilfe erklärten, inspirierte die GSoA-AktivistInnen in Aarau dazu, eine Aktion unter dem provokativen Motto «Waffen statt Brot für die Welt!» durchzuführen. Damit wurden die Leute in der Fussgängerzone dazu angehalten, sich der moralischen Frage der Kriegsmaterialexporte zu stellen.

Aargau, Fabian Hubeli

Der Plan stand fest: In der Stadt Bern und Umgebung sollten 40'000 Flyer an die Haushalte verteilt werden. Über zwei Dutzend Aktivistinnen und Aktivisten erklärten sich bereit, bei garstigen Temperaturen an dieser gigantischen Verteilaktion mitzumachen. Manch eine und manch einer wurde dabei nach Stunden zu einem regelrechten Briefkasten-Kenner, sodass die Flyer in Windeseile verteilt werden konnten. Das Berner Stimmvolk schien die Arbeit zu goutieren: Am 29. November um 16:10 Uhr wurde die freudige Nachricht bekannt gegeben, dass die Initiative in der Stadt Bern angenommen wurde.

Bern, Nina Regli



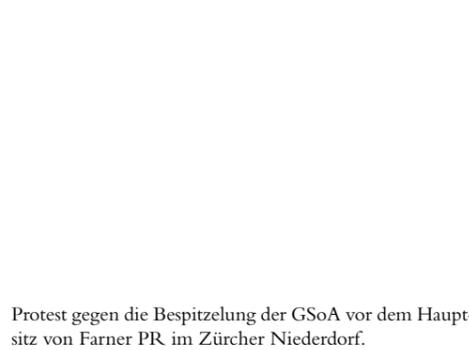
Nach dem Screening des Videoclips «Warface» von Evelinn Trouble zog die «Secret Gang» schwer bewaffnet durch die Zürcher Langstrasse.

Neben den oft chaotischen Zuständen im GSoA-Sekretariat (Kann man gleichzeitig eine Medienmitteilung verfassen, einen Versand einpacken und das Telefon abnehmen? – Ja, aber nur mit viel Kaffee!) werden uns vor allem die kreativen Momente der Kampagne in Erinnerung bleiben: Die Intervention von Anzugträgern mit Schweinemasken vor dem Farner-Hauptsitz, der Smartmob auf dem Paradeplatz – und natürlich der nächtliche Umzug nach der ersten Aufführung des Videoclips «Warface» im Kino Riff Raff.

Zürich, Patrick Angele

Viele SympathisantInnen haben in Basel beherzt für ein Ja gekämpft. Tausende Flyer wurden verteilt, Hunderte Plakate geklebt. Diesen Freiwilligen ist es zu verdanken, dass der Kanton Basel-Stadt das schweizweit beste Abstimmungsergebnis erzielt hat!

Basel, Michael Baumgärtner



Protest gegen die Bespitzelung der GSoA vor dem Hauptsitz von Farner PR im Zürcher Niederdorf.



Diesen Käsepanzer wollte die Geschäftsleitung der Mowag nicht entgegennehmen.

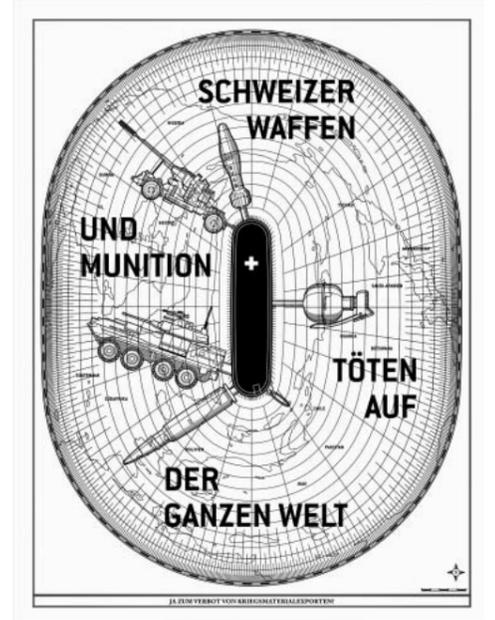
Am 14. November führte die GSoA-Regionalgruppe Thurgau eine Demonstration durch, um auf die Initiative für ein Kriegsmaterial-Exportverbot aufmerksam zu machen. Rund sechzig Personen trafen sich in Kreuzlingen mit dem Ziel, der Mowag nach einem Marsch zum Hauptsitz einen Käsepanzer zu überreichen. Die Geschäftsleitung der Mowag sah sich leider nicht in der Lage, den Käsepanzer entgegenzunehmen. Offenbar waren die Verantwortlichen zu beschäftigt damit, unsere Kundgebung mit Kameras nach Mitarbeitenden abzusuchen. Deshalb wurde der Panzer auf einem der Parkplätze deponiert. Wer weiss, vielleicht steht er nun in einer Vitrine auf dem Mowag-Gelände. Denn eins wurde uns bestätigt, die Fotos der Demo hängen als Drohung an alle Mitarbeitenden am schwarzen Brett.

Thurgau, Anna Steffen

Was beim Unterschriftensammeln und Flyerverteilen besonders in Erinnerung blieb, waren die Gespräche mit den Menschen auf der Strasse. Von «Nein danke» bis zu «Kann ich auch mithelfen?» war die gesamte Bandbreite an Reaktionen vorhanden. Manche Leute bedankten sich herzlichst für die Arbeit, die wir bei jedem Wetter (Hitze, Kälte, Regen, Schnee und Wind) gemacht hatten. Das motiviert nachhaltig, und deshalb lassen wir uns auch nicht klein kriegen, denn die Hoffnung stirbt zuletzt!

Winterthur, Sandra Rüeegger

Zahlreiche GrafikerInnen unterstützten die Kampagne mit eigenen Sujets – hier das Plakat von Marcel Bamert.



EIERTANZ UM NEUE KAMPFFLUGZEUGE

Haben wir die neuen Kampfjets bereits verhindert?

Seit wir die Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» eingereicht haben, ist der Beschaffungsprozess ins Stocken geraten. Jetzt kommt es zu einer weiteren Verschiebung. Und diesmal deutet vieles darauf hin, dass wir bereits gewonnen haben.

Von Rahel Ruch

Vor etwas mehr als drei Jahren schrie die gesamte Armeespitze lautstark nach neuen Kampfflugzeugen. Die Sicherheit in der Luft könne ohne mindestens dreissig neue, moderne Mehrzweckjets nicht mehr gewährleistet werden, hiess es. Daraufhin bewilligte das Parlament einen Kredit, um die Beschaffung vorzubereiten.

Heute sieht alles ganz anders aus: Die Kampfflugzeuge seien zwar wichtig, aber nicht prioritär. Der Luftraum könne auch mit der

bestehenden Flotte geschützt werden. Weil die Armee über zu wenig Mittel verfüge, müsse vermutlich sogar ganz auf die Fliegerbeschaffung verzichtet werden. Das tönt eher nach Vollbremsung – und nicht nach einer überzeugten Kaufabsicht.

Risiko Volksabstimmung

Zur Erinnerung: Nach der Evaluation im Jahr 2008 hätte der Bundesrat den Typenentscheid im Sommer 2009 fällen sollen. Kurz nach der Einreichung unserer Initiative im Juni 2009 wurde bekannt, dass dieser Termin verschoben werden solle – man wolle sich erst nach dem Erscheinen des sicherheitspolitischen Berichts (damals auf Herbst 2009 geplant) auf ein Kampfflugzeug festlegen. Kurze Zeit später liess Bundesrat Maurer die Bombe platzen: Er beantragte den Verzicht auf die Beschaffung.

Der Gesamtbundesrat lehnte zwar vorerst ab, doch spätestens jetzt war klar: In Zeiten der Wirtschaftskrise, der bürgerlichen Sparpolitik und einer erstarkenden friedenspolitischen Linken scheint niemand Lust zu haben, eine milliarden schwere Kampfjet-Beschaffung vor Volk zu bringen – das Risiko einer Niederlage wäre zu gross. Ueli Maurer mag gepokert und die Flugzeuge aus taktischen Gründen aufs Spiel gesetzt haben, um damit seinem Klagelied über die arme Armee Nachdruck zu verleihen. Doch er ist sich der grössten Krise der Armee seit Jahrzehnten bewusst und weiss: Ein Volksentscheid gegen die Armee wäre in der jetzigen Situation verhängnisvoll. Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Zeitung wird höchstwahrscheinlich immer noch nicht geklärt sein, ob der Kampfjet-Evaluationsbericht direkt im Schredder landet, oder

ob der Bundesrat die Beschaffung wie vorgesehen weiterzieht. Erst im März soll der Entscheid im Bundesrat gefällt werden, denn dann soll der seit langem erwartete sicherheitspolitische Bericht erscheinen. Die erneute Koppelung der beiden Geschäfte lässt vermuten, dass der Bundesrat einen möglichen Rückzieher wenigstens nach außen hin sicherheitspolitisch begründen will.

Für uns ist klar: Gewonnen haben wir so oder so. Ob mit oder ohne Abstimmung. Wenn sich der Bundesrat für die Militärjets entscheidet, dann werden die StimmbürgerInnen die Kampfflugzeuge an der Urne versenken. Bricht der Bundesrat hingegen das Beschaffungsvorhaben dieses Jahr ab, gibt's bis 2010 keine neuen Kampfflugzeuge. Somit wäre unsere Initiative ohne Volksentscheid erfüllt. Das muss uns erst mal jemand nachmachen.

ARMEEWAFFEN ZU HAUSE

Kosmetik statt Problemlösung

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Das gelten die Waffengesetz und die veranlassten «Optimierungen» bei der Heimabgabe der Ordonanzwaffe würden ausreichen. In Tat und Wahrheit sind diese Anpassungen bloss Kosmetik.

Von Martin Parpan

Seit dem ersten Januar dieses Jahres können Armeeangehörige ihre Waffe ohne Angabe von Gründen kostenlos im Zeughaus hinterlegen. Der Bundesrat will mit dieser Massnahme der Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» das Wasser abgraben. Die Abgabe bleibt allerdings freiwillig. Somit bleiben die allermeisten Armeewaffen weiterhin in den Haushalten. Der Bundesrat argumentiert, dass der Verzicht auf die Heimabgabe dazu führen würde, dass die Waffe bei jeder Dienstleistung neu auf den Schützen eingestellt werden müsste. Dieser Mehraufwand sei nicht gerechtfertigt und zudem wäre das ausserdienstliche Schiesswesen erheblich erschwert. Angesichts der vielen Familientragödien, die mit Armeewaffen verübt werden, wirkt diese Argumentation zynisch.

Kniefall vor der Waffenlobby

Die Gründe für die bundesrätlichen Argumente sind durchsichtig. Bevölkerungskreise, die Sympathien für die Initiative hegen, sollen durch die Möglichkeit der freiwilligen Abgabe beruhigt und zu einem Nein bewegt werden. Gleichzeitig ist klar, dass diese kosmetische Anpassung der Waffenlobby gefällt, da am Prinzip der Heimabgabe nicht gerüttelt wird. Der Kern des Problems bleibt damit aber nach wie vor ungelöst. In Schweizer Haushalten lagern weiterhin über 1.7 Millionen Militär-

waffen bei aktiven und ehemaligen Soldaten. Mit diesen Waffen werden Menschen bedroht und getötet. Auch Suizide werden mit diesen Waffen verübt.

Die Möglichkeit der freiwilligen Waffenabgabe führt nur dazu, dass jene Wehrmänner davon Gebrauch machen, die sich schon immer an deren Existenz im Haushalt störten. Die Gefahr geht aber nicht von diesen Männern aus, sondern von jener zwar kleinen, aber in diesem Zusammenhang entscheidenden Gruppe, die «Wehrhaftigkeit» und «Ehrhaftigkeit» verknüpft. Diese Männer werden ihre Waffe behalten und im «Notfall» – was auch immer sie darunter verstehen – die Möglichkeit haben, davon Gebrauch zu machen.

Lethargischer Bundesrat

Diese Gefahr ist umso grösser, seit bekannt ist, dass nach wie vor 60'000 Armeeangehörige ihre Taschenmunition nicht zurückgegeben haben – obwohl deren Aufbewahrung zu Hause seit dem ersten Januar dieses Jahres nicht mehr erlaubt ist. Dass es sich zumindest bei einem Teil dieser Wehrmänner nicht einfach um ein Versäumnis handelt, beweist die Tatsache, dass sich der Widerstand gegen die Rückgabe längst organisiert hat. Mitglieder der «Aktion Notwehr» argumentieren, dass dem Wehrmann durch die Rückgabe das Vertrauen entzogen würde und er entwaffnet werde. Öffentlich kommunizieren sie, dass sie sich dem Gesetz widersetzen wollen.

Das Prinzip Freiwilligkeit bei der Waffenabgabe ist absolut ungenügend. Mit kosmetischen Anpassungen verharrt der Bundesrat in einer beängstigenden Lethargie. Abhilfe schaffen kann nur ein Ja zur Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt». Diese kommt voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres zur Abstimmung.



Glosse Geisterjäger

Ein neues Schreckgespenst ist in der Schweiz aufgetaucht. Es verbreitet Existenzangst bei Armeekadern PolitikerInnen – so sehr, dass sie eine sofortige Gesetzesänderung verlangen. Das Gespenst heisst Zivildienst.

Seit rund einem Jahr muss keine Gewissensprüfung mehr absolvieren, wer Zivildienst leisten will. Einzig ein Formular muss man ausfüllen und unterschreiben. Die aufwändige Prozedur des Gesuchschreibens und der Anhörung vor einer Kommission gehört der Vergangenheit an.

Die Kunde dieser neuen Möglichkeit verbreitete sich schnell: Soldaten unterhielten sich darüber und reichten im Geheimen das Formular weiter. Begleitet vom Satz «Unterschreiben und einschicken, dann macht der Dienst wieder Sinn».

Wenn es jemand wagt, den Rekruten beim Einrücken in die RS am Sonntagabend solche Papiere zu verteilen, schritt die Militärpolizei ein. Drohend stellten sich die Polizisten vor die Verteilenden. Immer verzweifelter mussten sie jedoch feststellen, dass sie keine Macht über die ZivilistInnen hatten und diese die Soldaten ja nur über ihre Rechte informierten. Ganze Kompanien traten kollektiv von der Armee in den Zivildienst über.

Als die Zahl von Siebentausend Gesuchen im letzten Jahr bekannt wurde, war der Aufschrei gross. Die Armee malte eine neue Bedrohung an die Wand: Die Menschen wollen etwas Sinnvolles tun. Sie lassen sich nicht mehr davon abschrecken, dass sie nur «Ersatzdienst» leisten dürfen und das sogar anderthalb Mal so lange wie Militärdienst. Das grenzt ja an Landesverrat! Wie können BürgerInnen dieses Landes nur lieber Trockenmauern bauen oder Menschen betreuen, als auf Befehl herumzusitzen oder sich im Schlamm zu wälzen?

Von Adi Feller

Aufstieg und Fall des militärischen Interventionismus

Die Neunziger Jahre waren geprägt von der Diskussion um sogenannte «humanitäre Interventionen». Dies hat sich in der vergangenen Dekade gänzlich geändert. Von Josef Lang

Auch in der Schweiz steckt der militärische Interventionismus in einer tiefen Krise. Das zeigt das spektakuläre Nein zu Atalanta in der letzten Herbstsession des Nationalrates. Das illustriert das weitaus unspektakulärere Nein der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrates zur Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) diesen Januar. Das unterstreicht der Absturz der Revision des Militärgesetzes im Bundesparlament im vergangenen Jahr. Mit dieser Revision hätten Zugeständnisse, die vor neun Jahren an die Linke gemacht wurden, um einen Erfolg des GSoA-Referendums zu verhindern, rückgängig gemacht werden sollen. Dazu gehören das obligatorische Uno-Mandat und der Verzicht auf die Beteiligung an Kampfhandlungen.

Der knappe Sieg des interventionistischen Lagers im Juni 2001 – dank einem 60-prozentigen Ja-Anteil bei den Linken – war zugleich ihr letzter. Es gelang den Militärs nie, diesen Erfolg in einem bedeutenden Ausmass umzusetzen. Der Hauptgrund für die Blockade der

Ausland-Einsätze liegt in den Kriegen in Irak und Afghanistan, die spätestens 2003 das Kräfteverhältnis in der Linken umkehrten. Heute dürften viele Linke, welche die Tragödien auf dem Balkan und in Ruanda zu zwischenzeitlichen BefürworterInnen von Auslandseinsätzen der Armee gemacht hatten, auch jene Zeit nüchterner und kritischer betrachten.

Von der Uno zur Nato

Die Implosion der Sowjetunion hatte für die USA und die Nato zwei Folgen: Einerseits war letztere von der Legitimationskrise aller Armeen besonders betroffen, weil sie ihre Existenz immer mit der des Warschauer Paktes begründet hatte. Andererseits bot sie den USA die Chance, die militärische Macht imperial auszuweiten. Zur Bannung der Gefahr wie zur Wahrung der Chance sollte sich der grossserbische Tyrann Milosevic gleichsam als diabolus ex machina erweisen. Am Anfang des Balkankrieges standen eine Uno und eine OSZE, die dank ihrer Rolle bei der friedlichen Auflösung des Ostblocks ein hohes Ansehen genossen, was sie für die Nato umso gefährlicher machte. Am Schluss standen im Frühjahr 1999 der völkerrechtswidrige Kosovokrieg, die Verwandlung der Nato in ein globales Offensivbündnis und die Marginalisierung der Uno.

Der Schlüsselmoment war der Bosnienkrieg 1992 bis 1995. Bereits im Mai 1992 erteilte die Nato der Forderung von Uno-Generalsekretär Boutros-Ghali, die Uno mit ausreichenden Kapazitäten für Operationen unter Führung des Sicherheitsrates auszustatten, eine klare Absage. Im Geheimdokument «MC 327» hielt die Nato fest, dass nur dort interveniert wird, wo es um eigene Interessen geht (also nicht in Ruanda) und dass von Nato-Staaten gewonnene Aufklärungserkenntnisse nicht an die Uno weitergegeben werden. Ein Grossteil der westlichen Linken glaubte die daraufhin verbreitete Lüge vom «Versagen der Uno». Das blieb nicht ohne Folgen: Die Ideologie des «humanitären Interventionismus» erleichterte die massive Erhöhung der Rüstungsausgaben ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Mit einem Dreissigstel der 1'600 Milliarden Dollar, die im letzten Jahr für Armeen und Rüstung ausgegeben wurden, könnten die Millenniumsziele der Uno, die

Halbierung der Armut bis ins Jahr 2015, erreicht werden.

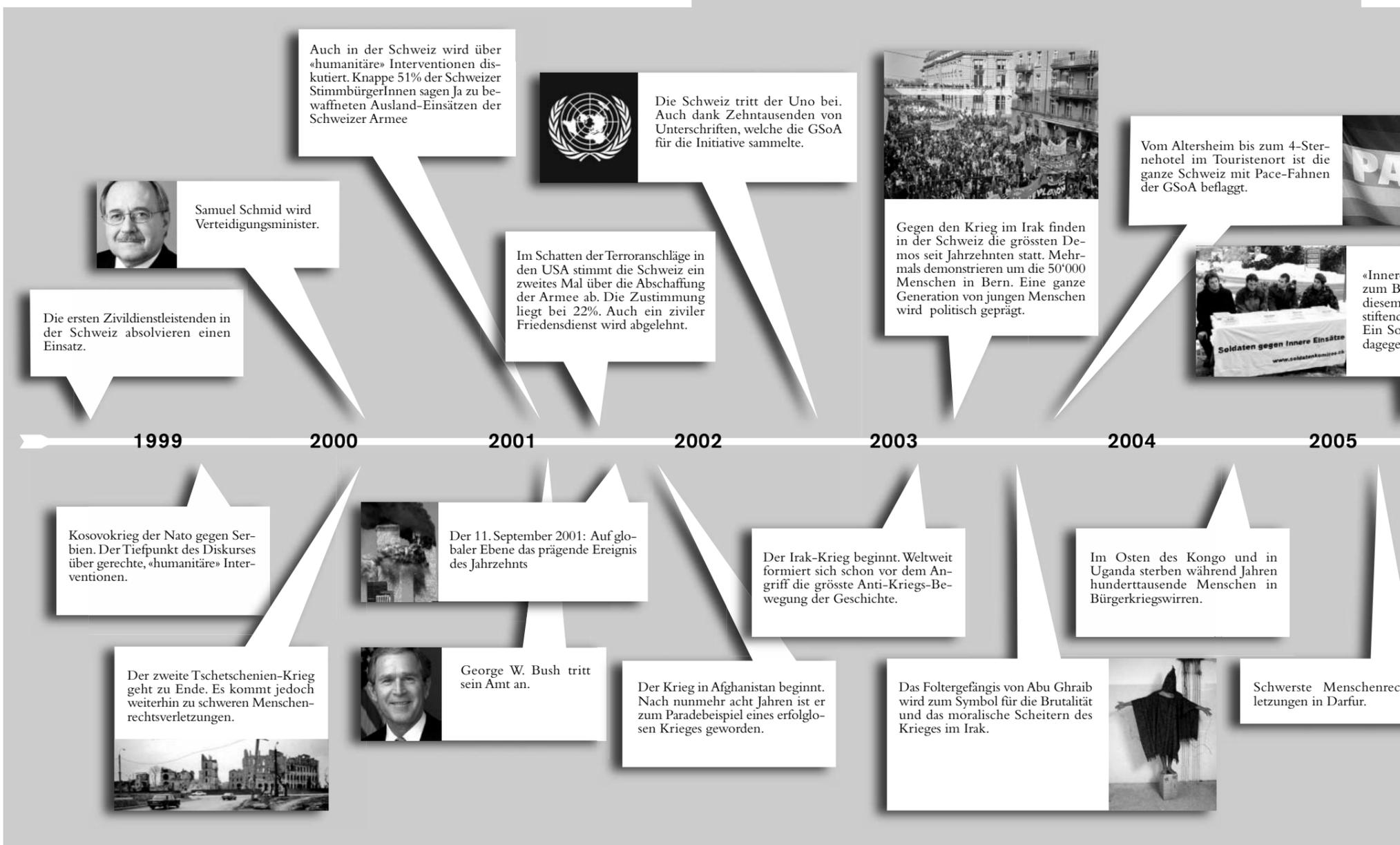
Friedenspolitische Alternativen

Auch wenn wie jüngst im Zusammenhang mit Haiti die Entsendung von Soldaten medial gefordert wird, dürfte dieses Kapitel realpolitisch – abgesehen von kleinen Einsätzen – für die Schweiz abgeschlossen sein. Hängig sind noch die Auflösung der Rambolino-Truppe AAD 10 und der Austritt aus der Nato-Partnership for Peace. Die friedenspolitische Linke ist umso mehr gefordert, zivile Alternativen zu entwickeln. Zwei konkrete Beispiele sind das diplomatische Engagement für den Frieden in Afghanistan und die Förderung von Auslandseinsätzen im Rahmen des Zivildienstes.

Josef Lang ist Mitglied der Sicherheits- sowie der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates und GSoA-Vorstand.

Unser Jahrzehnt mit George W. Bush

Das erste Jahrzehnt dieses Milleniums ist zu Ende gegangen. Wir nehmen dies zum Anlass, einen Schritt weg vom politisch-aktivistischen Tagesgeschäft zu machen, um einen Blick zurück zu werfen. Was hat die vergangenen Jahre friedenspolitisch speziell geprägt? Welche Themen haben uns und die Welt bewegt?



Die Erderwärmung als Schlüssel zur Friedenspolitik

Welche Entwicklungen kommen auf uns zu? Was wird uns in Zukunft beschäftigen? Welche Herausforderungen stehen an? Die GSoA-Zeitung sprach mit Andreas Zumach über diese grossen Fragen.
Von Andreas Weibel

Herr Zumach, welches waren aus sicherheits- und friedenspolitischer Sicht die wichtigsten Entwicklungen der letzten zehn Jahre?

Prägend waren sicher der 11. September und seine Folgen, sowie der sogenannte «Krieg gegen den Terror», der unter anderem in Afghanistan stattfindet. Dieser Krieg ist ein einziges «Terror-Aufzuchtprogramm». Wenn man einmal in Lahore oder in Peshawar gewesen ist und diese riesige Menge schlecht oder gar nicht ausgebildeter, frustrierter, perspektivloser junger Männer erlebt hat, dann weiss man, dass es für die Taliban oder wen auch immer ein nahezu unerschöpfliches Reservoir gibt. Eine militärische «Lösung» dieses Problems gibt es nicht. Der Krieg in Afghanistan ist – gemessen an allen zu Beginn und später verkündeten Zielen wie Frieden, Menschenrechte, Frauenrechte, Stabilisierung und der Vernichtung der Terroristen – gescheitert. Zweitens der völkerrechtswidrige und mit Lügen gerechtfertigte Irakkrieg, dessen Aufarbeitung – inklusive der bis zu 700'000 To-

ten – noch ansteht. Auch wenn die Lage im Irak sich oberflächlich beruhigt zu haben scheint, bleiben die darunter liegenden Konflikte ungelöst, beispielsweise die Kontrolle über die Ölförderung. Drittens muss man die Eskalation zwischen Israel und Palästina erwähnen und viertens die Eskalation im Konflikt mit dem Iran.

Ich möchte jedoch auch eine positive Entwicklung nennen: Die Vereinbarung über das Verbot von Streumunition. Nach der Ächtung von Anti-Personenminen 1999 ist dies der zweite grosse Erfolg der Friedensbewegung, die das Verbot gegen zunächst vehemente Widerstände, auch der Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, durchgesetzt hat.

Welches sind die wichtigsten Herausforderungen der kommenden Zeit?

Meiner Meinung nach ist die zentrale Herausforderung der sich verschärfende Streit um essentielle Ressourcen. Erstmals haben wir im globalen Massstab die Situation, dass knappe Ressourcen, die für alle Menschen auf dieser Welt notwendig geworden sind, wie Öl und Gas, in absehbarer Zeit zu Ende gehen werden.

Eine mögliche Reaktion darauf sieht man in den USA, in der EU und zunehmend auch in Indien und in China: Es besteht die Gefahr,

dass diese Grossmächte sich für den Endkampf um die noch verbleibenden fossilen Ressourcen militärisch hochrüsten. Wenn man diese Entwicklungslinie weiterdenkt, heisst das zwangsläufig irgendwann auch militärisches Kräfteessen zwischen diesen Akteuren. Wo und wie das stattfindet, ob das eine direkte Konfrontation ist oder Stellvertreterkonflikte sind, irgendwo im Grossraum Nahost, Kaspisches Becken oder Zentralasien, da wo noch 85 Prozent des Öls und 90 Prozent des Gases lagern, lasse ich dahingestellt. Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen, dann werden diese Kriege jedoch Realität. Die Herausforderung für uns ist es, diese Logik zu de-eskalieren. Und da kommt die andere grosse Herausforderung mit ins Spiel: die Erderwärmung.

Wie hängt die Erderwärmung mit den friedenspolitischen Herausforderungen zusammen?

Wenn wir die Energiewende hin zu nachhaltigen Energien schaffen, wird das Problem der immer knapperen Ressourcen automatisch mitentschärft. Das gilt ebenso für das Problem Hunger und andere sozio-ökonomischer Krisen, welche die Hauptursachen von Kriegen sind. Darum scheint mir die Erderwärmungsdiskussion der entscheidende Hebel, wo anzusetzen ist.

Diese Diskussion ist global so präsent wie kein anderes Problem und betrifft auch so viele Menschen wie kein anderes Problem. Und vor allem: Es gibt konkrete, beschreibbare Auswege.

Es ist klar, dass wir künftig jährlich maximal 2 Tonnen CO2 pro Kopf emittieren dürfen. Aber es wird uns nur dann gelingen eine Lösung zu finden, wenn wir, der reiche Norden, uns auf das Prinzip der globalen Gerechtigkeit verpflichten, und zwar ganz konkret. Das heisst, dass es nur eine weltweit gleiche, identische Pro-Kopf-Obergrenze für den Ausstoss von CO2 geben kann. Wenn wir uns dies zum Ziel setzen, dann gibt es eine Chance, dass die internationalen Verhandlungen doch noch zu Ergebnissen führen und wir damit die Logik, die zwangsläufig zu globalen Konflikten führen wird, stoppen können.

Andreas Zumach ist Korrespondent verschiedener Medien in Genf. Er gilt als Experte auf den Gebieten des Völkerrechts und der Sicherheitspolitik.

Das ausführliche Interview finden Sie unter <http://gsoa.ch/gsoa/zeitung>

2006

- WEF: Rund um das Treffen der Mächtigen leisten jedes Jahr Tausende von Soldaten Dienst. Das Schlagwort der „Raumsicherung“ wird zum Lieblingskonzept der Armeespitze.
- Der Mord von Höngg zeigt auf schreckliche Weise, wie dringend die Lagerung aller Ordonnanzwaffen im Zeughaus ist.

2007

- Krieg im Libanon zwischen der Hisbollah und Israel. Zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung durch Streumunition.

2008

- Die Armee verliert in diesem Jahrzehnt weiter an gesellschaftlicher Bedeutung. Sie macht von sich reden mit Logistik- und Informatik-Chaos, oder wie im Jahr 2008 mit dem Sex-and-Crime-Skandal um Armeechef Nef.

2009

- Ueli Maurer wird Verteidigungsminister.
- Trotz einer «cleveren und engagierten» Kampagne (Tagesanzeiger) spricht sich eine Mehrheit der Schweizer StimmbürgerInnen gegen ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten aus.
- Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.

2010

- Wahrscheinlich Anfang 2011 wird über die Initiative zum Schutz vor Waffengewalt abgestimmt, die das Sturmgewehr ins Zeughaus verbannen will.

2011

- Im Rahmen der Uno wird über einen Arms Trade Treaty verhandelt. Wie wirksam dieser sein wird, muss die Zukunft zeigen.
- Eine neue «globale Bedrohung» ist gefunden: Die Piraten vor Somalia. Auch dank der GSoA beteiligt sich die Schweiz militärisch nicht an der abenteuerlichen Bekämpfung der Seeräuber.
- In seiner Prager Rede beschwört US-Präsident Obama die Vision einer atomwaffenfreien Welt. Gleichzeitig lässt er den Krieg in Afghanistan und Pakistan weiter eskalieren.

RÜCK- UND AUSBLICK

Acht Gründe, weshalb sich die Initiative gelohnt hat

Die GSoA-Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten wurde mit 32 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt. Also alles umsonst? Keineswegs! Wir nennen acht Gründe, weshalb sich die Initiative gelohnt hat. Von Andreas Cassee

1. Wegen Leuthards Versprechern und Versprechen

Beim Bekämpfen unserer Initiative leistete sich Doris «dank-meinen-Rehaugen-glaubt-man-mir-alles» Leuthard nicht nur jede Menge Falschaussagen («Die saudische Regierung ist vom Volk gewählt.»), Ausflüchte («Die Maschinepischtole isch sones hochentwickeltes Grät, das chan aso keis Chind bediene.») und lustige Versprecher (etwa die Bezeichnung des Kashmir-Konflikts zwischen Indien und Pakistan als «innerstaatlichen Konflikt zwischen den beiden Staaten»). Wichtiger ist, dass unsere Lieblingsbundesrätin auch Versprechen für

die Zukunft abgab. Etwa, dass keine Waffenexporte nach Pakistan, Saudi-Arabien und Ägypten mehr bewilligt werden. Auch die Verschärfung der Kriegsmaterial-Verordnung ist auf den Druck unserer Initiative zurückzuführen. Damit haben wir politisch eine bleibende Wirkung erzielt.

2. Weil unsere Argumente eigentlich überzeugt haben

Als wir mit der Unterschriftensammlung begannen, waren viele erstaunt, dass die Schweiz überhaupt Waffen exportiert. Diese Tatsache dürfte nun den meisten bekannt sein. Und es ist nicht so, dass unsere Argumente nicht überzeugt hätten. Laut einer Nachbefragung waren erstaunliche 65 Prozent der Abstimmenden einverstanden mit der Aussage: «Die Schweiz sollte sich nicht mit Waffenexporten an Krieg und Gewalt in der Welt beteiligen.» Nur haben viele den Erhalt von Arbeitsplä-

tzen in der Schweiz höher gewichtet als den Erhalt von Menschenleben im Ausland. Erst kommt das Fressen, dann die Moral. Oder ist es der Zweitwagen, der vor der Moral kommt?

3. Weil Politik ein Glücksspiel ist

Wer eine Initiative lanciert, weiss nie, unter welchen Umständen sie später zur Abstimmung kommt. Die erste Armeeabschaffungsinitiative profitierte von der Aufbruchstimmung nach dem Fall der Mauer, die zweite wurde im Kontext des 11. Septembers klar abgelehnt. Als wir die Kriegsmaterial-Initiative lanciert haben, wussten wir: Gewinnen können wir nur in einem Umfeld hoher friedenspolitischer Sensibilität und bei guter wirtschaftlicher Lage. Es ist anders gekommen. Trotzdem war es richtig, den Versuch zu wagen.

4. Weil wir 2033 gewinnen

Gegenüber der letzten Abstimmung über Waffenausfuhren konnten wir das Ergebnis deutlich verbessern. Betrug der Ja-Stimmenanteil 1997 noch 22.5 Prozent, so liegt er jetzt bei 31.8 Prozent. Das mag ein schwacher Trost sein. Doch die Statistiker der SVP warnen bereits vor einer schleichenden Anti-Militarisierung der Schweiz. Der Bevölkerungsanteil, der Kriegsmaterial-Exporte verbieten will, ist in 12 Jahren um 41 Prozent gewachsen! Wenn das so weiter geht, haben wir 2033 eine klare Mehrheit!

5. Weil wir Farner PR das Fürchten gelehrt haben

Mit einem kleinen Budget und einigen Dutzend Aktivistinnen und Aktivisten haben wir den Kampf gegen die mächtigste PR-Agentur der Schweiz aufgenommen. Alleine die staatliche Ruag investierte gleich viel Geld in den Abstimmungskampf, wie wir insgesamt zur Verfügung hatten. Dafür haben wir uns doch ganz gut geschlagen! Unzählige Frei-

willige führten lokale Veranstaltungen und Aktionen durch, Künstlerinnen und Künstler bereicherten den Abstimmungskampf mit zahlreichen Video-Clips, Songs und Plakaten, zwei Friedensnobelpreisträger erklärten sich solidarisch. Entnervt beklagte sich Leuthard in der Arena über die «professionelle Propaganda» der GSoA. Das können wir ja einfach mal als Lob entgegennehmen. Und ein bisschen schadenfreudig sind wir schon über den Reputationsschaden, den Farner PR durch die Spitzelaffäre erlitten hat. Selber schuld, wenn man versucht, uns zu unterwandern!

6. Weil die Initiative Menschen zusammengebracht hat

Auf Details verzichten wir aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes.

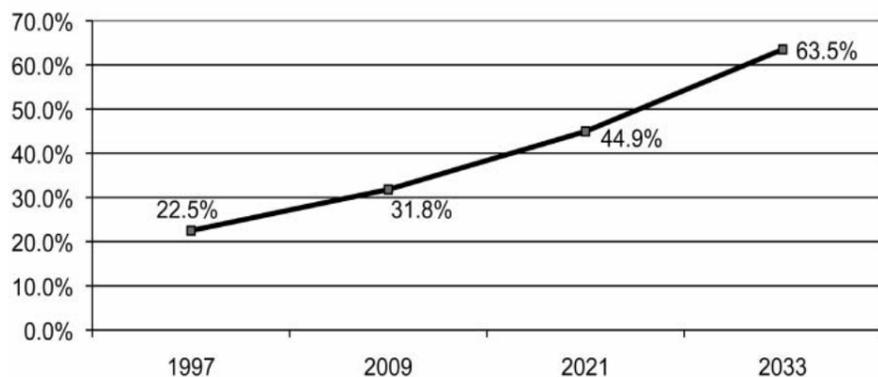
7. Weil es die Städte gibt – und Selma GR

Nicht überall wurde unsere Initiative abgelehnt. Von den fünf grössten Städten der Schweiz haben wir drei gewonnen (Genf, Bern und Lausanne) und in den zwei anderen (Basel und Zürich) die Mehrheit nur um wenige Stimmen verpasst. Dort, wo wir auf der Strasse präsent waren, konnten wir die Menschen also durchaus überzeugen. Und dann gibt es noch Selma in Graubünden. Dort stimmten 71 Prozent der Stimmbewölkerung Ja! (Ok, das Resultat war 12 zu 5 Stimmen...)

8. Weil das erst der Anfang war

Der Kampf gegen Militarismus und Rüstungslobby geht weiter. Für fast alle von uns war das der erste Abstimmungskampf, und wir haben viel daraus gelernt. Ein paar Lektionen schlauer und mit vielen neuen Aktivistinnen und Aktivisten gehen wir nun gestärkt auf die kommenden Auseinandersetzungen um die Initiativen «gegen neue Kampfflugzeuge» und «für den Schutz vor Waffengewalt» zu.

Zustimmung zu einem Verbot von Kriegsmaterial-Exporten



Die Kriegsmaterialexport-Kampagne in Zahlen

- Mit 71% Ja-Stimmen hatte die Initiative in Selma GR die höchste Zustimmung.
- 29'450 Plakate wurden aufgehängt, wofür geschätzte 40 Kilometer Klebeband benötigt wurden.
- Drei der fünf grössten Städte haben der Initiative zugestimmt.
- Zwei Nobelpreisträger unterstützten die Initiative: Desmond Tutu und Adolfo Perez Esquivel.
- In zwei Dutzend Städten legten sich am 19. November zwischen 18.00 Uhr und 18.04 Uhr mehr als 1'000 Menschen auf den Boden, um gegen Kriegsmaterial-Exporte zu demonstrieren.
- Mehr als 150 Veranstaltungen und Aktionen aller Art haben wir und andere zur Initiative organisiert.
- Geschätzte drei Millionen Franken betrug das Budget der Gegenkampagne.
- Nicht mal ein Zehntel davon besass das Initiativkomitee.
- Über zwei Dutzend Prominente haben die Initiative unterstützt. Dazu gehörten Polo Hofer, Martin Suter, Beat Schlatter und Ursus und Nadeschkin.
- 70 RechtsprofessorInnen kritisierten den Bundesrat für seine verordnungswidrige Kriegsmaterialexport-Politik.
- Geschätzte 4'500 Tassen Kaffee benötigte das Sekretariats-Team während der Kampagne.
- Die Anzahl Arbeitsstunden, die von Aktivisten und Aktivistinnen geleistet wurden, ist unbezifferbar.

WAR ON TERROR

Jemen – Konstruktion eines «failed state»

An der medialen Front herrscht gespannte Ruhe. Ein Land im Bürgerkrieg, Sezession im Norden und im Süden, die Konfliktgebiete gesperrt für in- und ausländische JournalistInnen. Entsteht auf der arabischen Halbinsel ein neuer «failed state»? Von Adi Feller und Felix Birchler

Die Regierung Jemens versucht im Norden des Landes seit Jahren mit militärischer Gewalt gegen die religiöse Minderheit der Houthi vorzugehen, die mehr Rechte fordert. Der schwelende Konflikt eskalierte weiter, als die Regierung im August des letzten Jahres eine neue Offensive startete. Ende November marschierte die saudische Armee in den Norden Jemens ein, um die jemenitischen Truppen zu unterstützen und eine «Sicherheitszone» einzurichten. Der Krieg hat bisher mehrere hunderte Tote, davon eine unbekannte Anzahl Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert. Zehntausende wurden vertrieben. Gleichzeitig

gibt es im Süden von Jemen vermehrte Unabhängigkeitsbestrebungen. Die Menschen machen mit Demonstrationen und Streiks auf ihre Anliegen aufmerksam und fordern Meinungsfreiheit und ein Ende der Benachteiligung des Südens gegenüber dem Norden. Der Jemen ist in seiner heutigen Form erst 1990 entstanden. Zwei eigenständige Staaten, Volksrepublik im Süden und Arabische Republik im Norden, wurden vereint. Seit 1990 wird das Land von Ali Abdallah Saleh, dem vormaligen Präsidenten des Nordens, despotisch regiert. Pressefreiheit gibt es kaum, die Korruption ist gross, die Menschenrechtslage schlecht. Regelmässig werden Menschen durch Sicherheitskräfte willkürlich verhaftet oder gar getötet. Seit der Beteiligung von Saleh am «Krieg gegen den Terror» im Jahre 2001, wird besonders von amerikanischer Seite grosszügig über diese Probleme hinweggesehen, man will schliesslich keinen Verbündeten verlieren.

Als Rechtfertigung geeignet

Die Missstände in Jemen sind nicht neu. Dennoch taucht Jemen erst seit Mitte Dezember 2009 wieder auf der globalen Bühne auf. Grund war der vereitelte Terroranschlag durch einen Nigerianer, der im Jemen ausgebildet worden sein soll. Die Präsenz von Al-Qaida wurde zum Thema, die jemenitischen Gefangenen in Guantanamo rückten ins öffentliche Bewusstsein. Sogleich stockten die USA ihre Militärhilfe auf und kündigten an, dass alle nötigen Massnahmen ergriffen würden, damit Jemen als Staat nicht scheitert. Bereits wir Jemen mit Somalia verglichen.

Begründet wurde der Aktionismus damit, dass ein «failed state», der sich durch die Abwesenheit staatlicher Leistungen und des Gewaltmonopols auszeichnet, Nährboden für Extremismus bietet. Mit diesem Bedrohungsbild scheint es plötzlich notwendig und legitim, die finanzielle oder militärische Unterstützung einer autokratischen Regierung aufzustocken oder gar selbst in Aktion zu treten. Kurz: Die ideale Rechtfertigung. Es scheint gewisse internationale Grundregeln zu geben: Ein Staat darf nicht zerfallen, Teilgebiete dürfen sich nicht unabhängig erklären – ausser es passt gerade ins politische Kalkül der Mächtigen.

Sanaa, die Hauptstadt Jemens



NAHOST-KONFLIKT

Gaza: Die Schweiz ist aufgefordert zu handeln

Ein Jahr nach dem Angriff der israelischen Armee auf den Gazastreifen präsentiert sich die Situation der Zivilbevölkerung in Gaza praktisch unverändert dramatisch. Nun ist die internationale Gemeinschaft gefordert – explizit auch die Schweiz. Von Tobia Schnebli

Schweizer Parlamentarier, die schon ein Jahr zuvor den Gazastreifen besucht hatten, haben sich diesen Januar vor Ort überzeugt: Zerstörung und Elend prägen das Bild, die Trümmer zerstörter Gebäude liegen noch immer an den gleichen Orten wie vor einem Jahr. Bis heute verhindert die Blockade den Wiederaufbau der zivilen Infrastruktur und der Häuser von 50'000 Obdachlosen. Uno-Agenturen und Menschenrechtsorganisationen haben immer wieder über die katastrophale Situation der 1.5 Millionen BewohnerInnen des Gazastreifens berichtet. Die weitgehende Abriegelung verursacht einen Mangel an dringender medizinischer Versorgung, an Nahrung und sauberem Trinkwasser.

Die Uno-Generalversammlung unterstützt – auch mit der Stimme der Schweiz – den Bericht der UN-Untersuchungskommission von Richard Goldstone. Der Bericht fordert, dass die Kriegsverbrechen aller Seiten, die vor, während und nach der militärischen Aggression Israels im Gazastreifen stattgefunden haben, geahndet werden und weist auch auf die andauernde, völkerrechtswidrige Blockade hin. Auch die Schweiz wurde explizit aufgefordert, in ihrer Rolle als Depositarstaat der Genfer Konventionen eine Konferenz der Vertragsstaaten «über Massnahmen zur Durchsetzung der Genfer Konventionen in den palästinensischen Gebieten» einzuberufen (Uno-Resolution vom 5. November 2009). Doch der Bundesrat drückt sich, er will offensichtlich keine aktive Rolle in den Verhandlungen um solche Massnahmen übernehmen. Stattdessen will er mit Israel «den regelmässigen politischen Dialog unterhalten, der nicht nur die Entwicklung der bilateralen Beziehungen ermöglicht, sondern auch einen ver-

tieften Meinungsaustausch über die Situation in der Region garantiert» wie die Vorsteherin des EDA festhält. Damit ist auch klar, dass der Bundesrat – statt zur Verfolgung ihrer Kriegsverbrechen beizutragen – die militärische Zusammenarbeit mit der israelischen Armee fortsetzen oder sogar weiterentwickeln will. Die GSoA unterstützt zusammen mit der SP, den Grünen, HEKS und vierzig weiteren Schweizer Organisationen einen Aufruf an den Bundesrat. Darin wird die Regierung aufgefordert, sich aktiv für die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Goldstone-Bericht, für das Ende der Blockade des Gazastreifens sowie für die Durchsetzung der vierten Genfer Konvention einzusetzen. Es ist wichtig, dass jetzt möglichst viele Unterschriften zusammenkommen – unterschreiben Sie noch heute auf www.gazafreedommarch.ch

MENSCHENRECHTE

Chinas Verdikt gegen die Meinungsfreiheit

Das drakonische Urteil gegen den chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo vom Dezember 2009 ist ein Affront gegenüber all jenen, die sich in China friedlich für eine Verbesserung der Menschenrechtslage einsetzen. Von Michael Baumgärtner

Der Prozess ging zügig über die Bühne. Und der Angeklagte hatte kaum eine Möglichkeit, sich zu verteidigen. Nach wenigen Tagen verhängte das von der Kommunistischen Partei Chinas eingesetzte Gericht eine elfjährige Haftstrafe für Liu Xiaobo, den wohl bekanntesten Regimekritiker des Landes. Dies ist die höchste Strafe, die in den letzten Jahren in

China wegen «Subversion», also dem Versuch eines Umsturzes der bestehenden politischen Ordnung, ausgesprochen wurde. Es ist zu vermuten, dass mit dieser demonstrativ hohen Strafe ein Exempel statuiert werden sollte. Chinas Demokratiebewegung hat noch einen langen Weg vor sich.

Gewaltloser Protest

Liu Xiaobo gehörte zu den rund 300 AktivistInnen, die im Dezember 2008 die so genannte «Charta 08» zum internationalen Tag der Menschenrechte formuliert und unterschrieben haben. Die Schrift beinhaltet Forderungen nach einem freiheitlichen, antirepressiven chinesischen Staat, der die freie Meinungsäusserung und die Rechtssicherheit schützt. Liu Xiaobo opponierte stets mit friedlichen Mitteln gegen die Staatsgewalt und versuchte, die Bevölkerung mit Demonstrationen und Forderungskatalogen zu sensibilisieren. Es ist nicht das erste Mal, dass Xiaobo und seine Mitstreiter gewaltsam an ihrem Vorhaben gehindert wurden. Schon die Studierendenproteste von 1989 auf dem Platz des Himmlichen Friedens, anlässlich derer Liu Xiaobo verhaftet wurde, waren brutal bekämpft worden. Die Demokratisierungsbewegung hielt trotzdem an ihrem friedlichen Vorgehen fest, was sicherlich mit ein Grund für die weltweiten Sympathiebekundungen an Liu Xiaobo und die harsche Kritik vieler Staaten am Vorgehen Chinas ist. Es ist zu hoffen, dass die Kommunistische Partei Chinas einsieht, dass sie sich mit der Verhaftung Liu Xiaobos wohl keinen Gefallen getan hat. Der Menschenrechtsaktivist selbst hat jedenfalls seine Chance erkannt: Auf seinem Weg ins Gefängnis schärfte er dem chinesischen Volk ein, dass Versklavung und weltweite Ungleichheit niemals daran lägen, dass die Herrschenden zu mächtig sind, sondern daran, dass die Beherrschten sich beugen.

INSERAT

Veränderungen kann man nicht bestellen, aber die Anregungen dazu!

Jetzt am Kiosk: Zeitpunkt 105: Improvisation als Lebenskunst – Sicherheit im Umgang mit Unsicherheit

Der Zeitpunkt schreibt für intelligente Optimistinnen und konstruktive Skeptiker, für Menschen, die an die Kraft gelebter Träume glauben.

Keiner serviert die unvermeidlichen schlechten Nachrichten mit so viel Zuversicht, wie der Zeitpunkt. Er zeigt, wie die Schwierigkeiten dieser Zeit zur grossen Chance werden. Er macht Mut und vernetzt mit Menschen mit Zukunftskraft.

Unser Vorschlag zum Kennenlernen: Ein Schnupperabo ohne Risiko mit drei Ausgaben für Fr. 20.- (statt 30.-).

Garantie: Wenn Ihnen die erste Nummer nicht gefällt, genügt eine Mitteilung und Sie sind die Rechnung los.

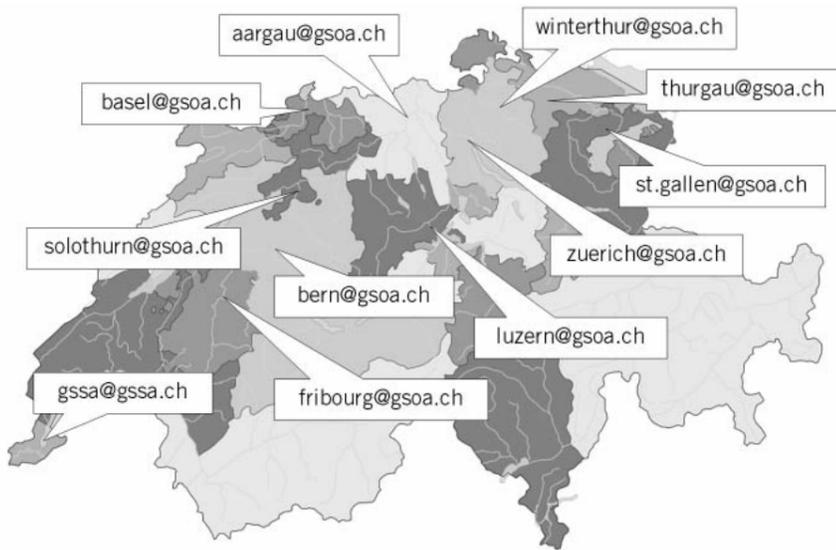
Zeitpunkt, Redaktion und Verlag
Werkhofstr. 19, CH-4500 Solothurn
Tel. +41 (0) 32 621 81 11, www.zeitpunkt.ch

Ab 1. März am Kiosk: Zeitpunkt 106: Medien, Masse, Manipulation – ertrinken in konstruierten «Wahrheiten»

Zeitpunkt
FOR INTELLIGENTE OPTIMISTINNEN UND KONSTRUKTIVE SKEPTIKER

Aktiv bei einer Regionalgruppe

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Lust, aktiv zu werden? Dann melde dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, dich kennenzulernen!



Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten ist kaum vorbei, die Initiativen für den Schutz vor Waffengewalt und gegen die neuen Kampfflugzeuge stehen kurz vor der Tür. Um die Kosten zu decken, die aus den drei Kampagnen entstehen, sind wir auf Deine Spende angewiesen. Mit Ihrem Geldbeitrag ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein trägst Du unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. Herzlichen Dank!

Veranstaltungen

Ostermarsch

2010 findet der siebte Ostermarsch in Bern statt, diesmal zum Thema Ernährungssouveränität. Unter dem Motto «Frieden auf den Feldern, Frieden auf dem Teller!» erwarten uns spannende Beiträge rund um Landwirtschaft, Welthandel und reale Alternativen. Ostermontag, **5. April 2010**. Der Startpunkt des Marsches ist um **13:00 beim Eichholz** an der Aare **in Bern**.

GSoA-Vollversammlung

Die GSoA-Vollversammlung findet dieses Jahr am **Samstag, 17. April 2010, im Restaurant Kreuz in Solothurn** statt. Voraussichtlich wird sich alles um unsere beiden Initiativen – gegen neue Kampffjets und für den Schutz vor Waffengewalt – drehen. Die Vollversammlung ist aber auch eine gute Möglichkeit, andere GSoAInnen kennenzulernen, verschiedene Themen zu diskutieren und gemütlich zusammensitzen. Weitere Infos zum Programm werden rechtzeitig auf www.gsoa.ch zu finden sein.

Der «Schweizer Soldat», die auflagenstärkste Schweizer Militärzeitschrift, hat kürzlich das nebenstehende Rätsel veröffentlicht. Wir sind fasziniert, welche intellektuellen Fähigkeiten die Armeeredaktoren ihrer Leserschaft offenbar zutrauen. Bist Du dieser kniffligen Herausforderung gewachsen und findest das Lösungswort, indem Du die fehlenden Buchstaben aneinanderreihst?

Lösungswort:

Wörter ergänzen

WA_FENL_UF
F_UGP_ATZ
LOGI_TIK
FA__OFFIZ_E_
KA_ER_DSCHAFT
D_RCHHALTE_ÄHIG_EIT
MI_IT_R
PANZE_M_CHANIKE_

GREGOR.

das glückliche Gewehr



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ, Wohnort

Tel./E-Mail

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Für Nostalgiker und Nostalgikerinnen:			
<input type="checkbox"/>	Käsepanzer-Plakat im Weltformat (90 x 120 cm)		Fr. 20.–	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Kampffjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Kampffjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
<input type="checkbox"/>	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
<input type="checkbox"/>	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.–	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.–	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.–	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne arabisch-hebräisch		Fr. 15.–	
<input type="checkbox"/>	Diverse Kleber		kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Buch «Helvetische Jäger»		Fr. 20.–	

Spende Fr. 50.– Fr. 20.– Fr. 10.–

Versandkostenanteil

Fr. 4.80

Rechnungsbetrag

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Michael Baumgärtner (mb), Felix Birchler (fb), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Adi Feller (ad), Beat Hatz (beh), Chrigi Hug (ch), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Reto Moosmann (rm), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw, verantwortlich)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.– / Nichtverdienende Fr. 50.–

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– /10.– **PC-Konto:** PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.